

Rechtliche Risiken bei Steuererklärungen durch Finanzbeamte mittels ELSTER

24.06.2026, 08:02 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *Stellenausschreibungen*



In jüngster Zeit rücken vermehrt Fälle ins Blickfeld, in denen Angestellte oder Beamte der Finanzverwaltung Steuererklärungen für Freunde, Bekannte oder Dritte erstellt oder über ELSTER eingereicht haben sollen. Was als private Gefälligkeit oder Unterstützung begann, kann rechtlich erhebliche Folgen nach sich ziehen. Besonders betroffen sind hierbei Beamte oder Mitarbeiter von Finanzämtern.

Es geht dabei nicht nur um das Steuerberatungsgesetz. Abhängig vom Fall können auch steuerstrafrechtliche, dienstrechtliche und disziplinarrechtliche Risiken entstehen. Für Beamte kann ein solcher Vorwurf schwerwiegende Folgen haben, einschließlich Geldstrafen, strafrechtlicher Ermittlungen und Auswirkungen auf den Beamtenstatus sowie die berufliche Zukunft und Versorgungsansprüche.

Betroffene sollten diese Angelegenheit nicht als bloße Formalität abtun. Eine frühzeitige, strukturierte und vorsichtige Verteidigung ist entscheidend, bevor Erklärungen gegenüber Dienstherren, Ermittlungsbehörden oder Gerichten abgegeben werden.

Aktuelle Fallkonstellationen

Bekannte Fälle beinhalten häufig den Vorwurf, dass Mitarbeitende oder Beamte der Finanzverwaltung Steuererklärungen für Dritte vorbereitet, bearbeitet oder elektronisch übermittelt haben. Dabei wurden mitunter ELSTER-Zertifikate verwendet. Zudem besteht in einigen Fällen der Verdacht, steuerliche Vorteile oder steuermindernde Positionen geltend gemacht zu haben.

Aus behördlicher Sicht könnte der Verdacht unbefugter Hilfeleistung in Steuersachen aufkommen, insbesondere wenn die Tätigkeit nicht nur im engsten Familienkreis, sondern wiederholt für Freunde, Bekannte, Kollegen oder Nachbarn erfolgte. Ob die Vorwürfe berechtigt sind, hängt stark vom Einzelfall ab.

Wichtige Fragestellungen umfassen:

- Für welche Personen wurden Steuererklärungen erstellt oder übermittelt?
- Erfolgte die Hilfe unentgeltlich oder gab es eine Gegenleistung?
- War die Tätigkeit einmalig oder wiederholt?
- Wurden steuerliche Bewertungen vorgenommen?
- Wurden dienstliche Informationen oder Zugänge genutzt?
- Laufen bereits Straf-, Bußgeld- oder Disziplinarverfahren?

Diese Details entscheiden, ob der Sachverhalt als missverständliche private Hilfe oder als schwerwiegenderes Vergehen bewertet wird.

Problematiken der unbefugten Hilfeleistung

Das Steuerberatungsgesetz regelt, wer geschäftsmäßig Hilfe in Steuersachen leisten darf, um Steuerpflichtige vor unzureichender Beratung zu schützen. Problematisch wird es, wenn eine Person ohne Befugnis für andere Steuererklärungen erstellt oder Angaben steuerlich einordnet. Auch unentgeltliche Hilfe kann rechtlich relevant sein, wenn sie geschäftsmäßig erfolgt.

Ausnahmen gelten für bestimmte Angehörige, was private Unterstützung in vielen Fällen unterscheidet. Wer einem nahen Angehörigen hilft, steht nicht automatisch in derselben rechtlichen Lage wie jemand, der regelmäßig für Freunde oder Bekannte tätig wird.

Besondere Sensibilität bei Finanzbeamten

Beamte der Finanzverwaltung stehen wegen ihrer Fachkenntnisse und ihres Vertrauensverhältnisses zum Staat besonders im Fokus. Aus behördlicher Sicht könnte der Eindruck entstehen, dass dienstliches Wissen für private Zwecke genutzt wurde. Für Finanzbeamte steht nicht nur das Steuerberatungsgesetz im Raum, sondern auch dienstliche Pflichten und das Vertrauen in eine ordnungsgemäße Amtsführung.

Kritische Fälle können auftreten, wenn aufgrund der Stellung innerhalb der Finanzverwaltung eine besondere Nähe zum Besteuerungsverfahren bestand oder die Amtsstellung für Unterstützung genutzt wurde.

ELSTER-Zertifikat: Technische Hilfe oder steuerliche Beratung?

Die Nutzung von ELSTER wird oft als rein technischer Vorgang angesehen. Entscheidend ist jedoch, ob die Unterstützung auf technische Eingaben beschränkt war oder steuerliche Bewertungen beinhaltete. Die elektronische Übermittlung über ELSTER kann ein Indiz dafür sein, dass die betroffene Person die Verantwortung für die Steuererklärung übernommen hat.

Eine Verteidigung kann darauf abzielen, die Art der Unterstützung zu klären und den Vorwurf der unbefugten Steuerberatung zu entkräften.

Geltendmachung steuerlicher Vorteile und steuerstrafrechtliche Relevanz

Besonders sensibel ist die Situation, wenn steuerliche Entlastungen beansprucht wurden. Problematisch wird es, wenn der Vorwurf besteht, dass unzutreffende Angaben gemacht oder Belege falsch eingeordnet wurden.

Für Finanzbeamte ist dieser Punkt besonders kritisch, da Ermittlungsbehörden aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit annehmen könnten, dass steuerliche Zusammenhänge erkannt wurden oder hätten erkannt werden müssen. Eine sorgfältige Aufarbeitung ist daher unerlässlich.

Verschiedene Verfahren und deren Auswirkungen

Betroffene müssen damit rechnen, dass ein Sachverhalt auf mehreren Ebenen geprüft wird. Ein Verfahren wegen unbefugter Hilfeleistung kann parallel zu steuerstrafrechtlichen Ermittlungen und Disziplinarverfahren laufen.

Eine unbedachte Einlassung in einem Verfahren kann Auswirkungen auf andere haben. Eine Gesamtstrategie ist erforderlich, um die Folgen für das Beamtenverhältnis und die berufliche Zukunft zu bedenken.

Disziplinarrechtliche Risiken für Beamte

Für Beamte kann der disziplinarrechtliche Aspekt schwerwiegender sein als eine Geldbuße. Der Dienstherr prüft, ob eine Dienstpflichtverletzung vorliegt. Je nach Schwere des Vorwurfs können Maßnahmen wie Verweise, Geldbußen oder sogar die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis drohen.

Die Entscheidung hängt von verschiedenen Faktoren ab, darunter die Anzahl der bearbeiteten Steuererklärungen, die Dauer des Verhaltens und mögliche Gegenleistungen. Eine frühzeitige Prüfung entlastender Umstände ist entscheidend.

Verlust des Beamtenstatus

Der Verlust des Beamtenstatus ist eine der schwersten möglichen Sanktionen. Er kann bei bestimmten strafgerichtlichen Verurteilungen oder einem schweren Dienstvergehen im Disziplinarverfahren eintreten.

Eine Verteidigung muss daher auch die beamtenrechtlichen Konsequenzen berücksichtigen und darf sich nicht nur auf die Vermeidung strafrechtlicher Sanktionen konzentrieren.

Risiko für Pension und Versorgung

Auch Versorgungsansprüche können betroffen sein, wenn ein Beamter aus dem Beamtenverhältnis entfernt wird. Für Betroffene und ihre Familien kann dies existenzielle Bedeutung haben.

Auch wenn der Verlust von Versorgungsansprüchen nur in schweren Fällen droht, sollte dieses Risiko von Anfang an in die Verteidigungsstrategie einbezogen werden.

Typische Fehler von betroffenen Beamten

Viele Betroffene unterschätzen die Situation und sehen sich nicht als Steuerberater. Typische Fehler umfassen vorschnelle Stellungnahmen, informelle Gespräche ohne Vorbereitung und unvollständige Angaben.

Frühe Aussagen können den Verlauf des Verfahrens erheblich beeinflussen. Eine rechtlich fundierte Verteidigung ist daher unerlässlich.

Verteidigungsansätze im Einzelfall

Eine wirksame Verteidigung beginnt mit der genauen Analyse des Sachverhalts. Pauschale Aussagen helfen nicht weiter. Mögliche Verteidigungsstrategien umfassen die Prüfung, ob eine geschäftsmäßige Hilfeleistung vorlag, die Tätigkeit nur für Angehörige erfolgte oder keine steuerlich eigenverantwortliche Beratung stattfand.

Frühzeitiges Handeln ist entscheidend

Der frühe Zeitpunkt ist entscheidend, sobald eine Anhörung oder ein Verfahren ansteht. Eine frühzeitige Verteidigung kann helfen, den Sachverhalt zu ordnen und unnötige Eskalationen zu vermeiden.

Betroffene sollten prüfen, ob eine Einlassung sinnvoll ist und wie mit den beteiligten Behörden kommuniziert werden sollte.

Vermeidung vorschneller Selbstbelastung

Beamte sind oft gewohnt, Sachverhalte kooperativ aufzuklären. In einem Verfahren gegen sie kann dies jedoch nachteilig sein. Jede Erklärung sollte kontrolliert und rechtlich eingeordnet erfolgen.

Auch interne Gespräche können später dokumentiert und in Verfahren verwendet werden. Betroffene sollten daher frühzeitig klären, welche Aussagepflichten bestehen.

Besondere Bedeutung für Finanzbeamte

Der Vorwurf ist für Finanzbeamte besonders sensibel, da der Staat eine besondere Rechtstreue erwartet. Die menschliche Seite des Sachverhalts sollte jedoch nicht übersehen werden. Viele wollten lediglich helfen.

Eine gute Verteidigungsstrategie sollte den tatsächlichen Hintergrund nachvollziehbar darstellen und den Vorwurf differenziert betrachten.

Fazit: Frühzeitige Reaktion ist unerlässlich

Vorwürfe wegen Steuererklärungen für Dritte können für Beamte schwerwiegende Folgen haben. Eine frühzeitige rechtliche Überprüfung ist entscheidend, um Risiken zu erkennen und Verteidigungsansätze zu entwickeln.

MTR Legal bietet Unterstützung

Beamte, die mit Vorwürfen bezüglich der Erstellung oder Übermittlung von Steuererklärungen konfrontiert werden, sollten schnell handeln. MTR Legal berät bundesweit im Steuerstrafrecht und bei disziplinarrechtlichen Risiken, um eine strategisch abgestimmte Vorgehensweise zu entwickeln und berufliche sowie versorgungsrechtliche Folgen zu minimieren.

Kontaktieren Sie MTR Legal zeitnah, um Ihre Rechte zu sichern und mögliche Risiken für Ihre berufliche Zukunft zu verringern.

MTR Legal Rechtsanwälte

Breslauer Platz 4 1
50668 Köln
Deutschland

Michael Rainer

+49 221 9999220

info@mtrlegal.com

www.mtrlegal.com

Portrait

MTR Legal Rechtsanwälte ist eine bundesweit und international tätige Full-Service-Wirtschaftskanzlei. Die Sozietät berät Unternehmen, institutionelle Investoren und vermögende Privatpersonen in den Bereichen Gesellschafts-, Steuer-,

Handels-, Vertrags-, Vertriebs-, Kapitalmarkt- und Bankrecht.

Standorte: Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Stuttgart. Representative Offices: London, Paris, Amsterdam, Singapore.

MTR Legal ist Mitglied im internationalen Netzwerk IR Global und wird regelmäßig von Handelsblatt und Best Lawyers empfohlen.

News-ID: 1315840 • Views: 109 (Stand: 05.08.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/1315840/Rechtliche-Risiken-bei-Steuererklarungen-durch-Finanzbeamte-mittels-ELSTER.html>